



Resolution Frauenrechte

Wir begrüßen die Interkulturelle Öffnung der Institutionen in MV. Wir als MSO wollen den Prozess aktiv und partizipativ begleiten.

Wir begrüßen die Interkulturelle Öffnung des Landesfrauenrates. Landesfrauenrat und sein politisches Engagement für Frauen unterstützt die Frauenrechte und deren Umsetzung in der Praxis.

In den letzten Jahren sind viele neue MSO von Migrantinnen für Migrantinnen entstanden. Die Zusammenarbeit mit dem Frauenrat kann die Forderungen mit Migrantinnen unterstützen. Ohne migrantische Perspektive in den Regelstrukturen, kann die Inklusion und Integration nicht durchgesetzt werden. Die Gleichstellung von Migrantinnen muss auch in MV praktiziert werden.

Gleichstellung bedeutet, dass jede Frau* in diesem Land die gleichen Chancen, Rechte, Möglichkeiten und Ressourcen hat und erreichen kann. Gleichstellung bedeutet für uns nicht nur Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern*, sondern beinhaltet auch

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI*). Mehrfachdiskriminierung beschreibt die Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen, etwa Rassismus und Sexismus. Migrantinnen* sind immer mindestens von zwei diskriminierenden Kategorien betroffen: wegen ihres Geschlechts und von Rassismus. Ethnizität, Gender, sexuelle Identität, sexuelle Orientierung, Behinderung, Alter, Klasse, Mütterfeindlichkeit usw. können nicht einzeln betrachtet, sondern ergeben zusammen eine eigene Diskriminierungserfahrung. Wir verpflichten uns, diese mehrdimensionalen Diskriminierungserfahrungen aktiv zu bekämpfen, denn wir wissen, wie vielfältig und unterschiedliche die Faktoren sind, die zu Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen führen.

- Strukturelle und institutionelle Diskriminierung betrifft Migrantinnen* im Osten in einem anderen Maße als in Westdeutschland
- Politische, kulturelle und soziale Teilhabe ist deutlich eingeschränkt, weil die Sichtbarkeit von Migrantinnen* auf ostdeutschen Straßen deutlich geringer ist
- Insbesondere Migrantinnen* arbeiten im Niedriglohnsektor. Equal pay gibt es für Frauen* in Deutschland nicht, und noch viel weniger für Frauen* mit Migrations- bzw. Fluchtgeschichte
- Mehrfachdiskriminierung trifft Migrantinnen*, People of Colour (PoC*) und Trans*Personen ungleich stärker beispielsweise in der Gesundheitsversorgung, Ämtern, Arbeitsmarktzugang, im Bildungssystem.
- Kinderbetreuung geht alle an!



- Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention hat Deutschland sich verpflichtet, umfassende Maßnahmen zur Prävention, Intervention, Schutz und zu rechtlichen Sanktion gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu ergreifen. Gewalt an Frauen* ist unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Kultur. körperliche Unversehrtheit ist ein Menschenrecht!

Wir fordern, eine Quotenregelung für Migrantinnen* in politischen und sozialen Institutionen

Wir fordern Zugang für Migrantinnen* zu qualifizierten Stellen auf dem Arbeitsmarkt

Wir fordern Vernetzungsstrukturen für Migrantinnen* zu stärken, Plattformen zu organisieren, niedrigschwellige Mikrokredite für migrantische Unternehmerinnen*

Wir fordern eine stärkere Einbindung von Frauen*/Müttern* ins Bildungssystem, damit die interkulturelle Öffnung und Wertschätzung sowie das Empowerment von mehrsprachigen Kindern an Kita, Schulen etc. unterstützt wird

Wir fordern, neben kultursensiblen Schulungen, Trainings und Fortbildungen auch den gendersensiblen Ansatz in den Fokus nehmen.

Wir fordern Betreuungsangebote für Kinder. Sie müssen von staatlicher Seite vorgehalten werden, aber auch private Träger – von Integrations- und Sprachkursen – sollten ein flexibles Betreuungssystem vorhalten. Damit jede Frau* mit Migrations- und Fluchtgeschichte an sozialen, kulturellen und politischen Angeboten teilhaben kann.

Wir fordern einen diskriminierungsfreien Zugang zu Frauen*häusern für alle Frauen*; Förderung von migrantischen Begleit-, Beratungs- und Aufnahmestrukturen; dezentrale und sichere Unterbringungen von geflüchteten Frauen* und Kindern sowie die finanzielle Förderung für Monitoring-Prozessen zum Gewaltschutz;

Wir fordern das Ende von Abschiebungen von Sintizza* und Romnja* und geflüchteten Frauen* in alle Kriegs- und Krisengebiete; eine de facto Anerkennung des geschlechtsspezifischen Asyls für von Genitalverstümmelung, Vergewaltigung und Zwangsehen betroffene Frauen* ,

Wir fordern das Ende von diskriminierenden, übergriffigen, menschenunwürdigen und rassistischen Tests für LSTI*-Geflüchtete

**Kontakt: MIGRANET-MV, Geschäftsstelle, c/o FABRO e.V., Waldemarstraße 33, 18057 Rostock
beschlossen von der 13. Konferenz der MSO aus MV –MIGRANET-MV-
18.05.-19.05.2019 in der Landeshauptstadt Schwerin**